

Niederschrift

über die Sitzung des Rates am Donnerstag, dem 03. Mai 2007, in den Konferenzsälen des Haus der Insel.

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17.45Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 17.55 Uhr

Beginn der öffentlichen Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 20.40 Uhr

Anwesende Ratsmitglieder:

BM Salverius
RV Bakker-Dinkla
RM Aldegarmann
RM Budde
RM Harms
BG Ennen
BG Meyer
RM Moroni ab TOP 5
RM Nüchter
RM Onnen, B.
RM Onnen, J.
2. stv. BM/stv. RV Plavenieks
RM Pohl bis TOP 11
1. stv. BM Rass
RM Stange
RM Terfehr
BG Visser ab TOP 5
RM Wehlage

Von der Verwaltung:

AV Ulrichs
StAR Karow
Verw.- Ang. Müller für die Niederschrift

Entschuldigt fehlt:

BG Vollmer

Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 1. – 6. wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

7. Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
RV Bakker-Dinkla eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Die Einwohnerfragestunde wird als TOP 16 festgesetzt. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.
8. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 12.12.2006 sowie den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 29.11.2006 und am 20.12.2006
Der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 12.12.2006 wird mit einer Enthaltung wegen Nichtteilnahme zugestimmt.
Der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 29.11.2006 wird mit zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme zugestimmt.
Der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 20.12.2006 wird mit einer Enthaltung zugestimmt.
9. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
BM Salverius erläutert, dass in der nichtöffentlichen Sitzung eine Stillhalteerklärung über eine Grundsuldbestellung mit einem Unternehmen geschlossen wurde. Das Unternehmen wolle Eintragungen im Grundbuch vornehmen lassen.
10. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

RM Wehlage erkundigt sich nach der Halfpipe. BM Salverius erläutert, dass die Halfpipe am Nordstrand aufgestellt werden soll. Die Anlage musste nachgebessert werden. Es war beabsichtigt, die Anlage bis Ostern aufzustellen. Der vorgesehene Standort der Eventfläche werde aber zu Pfingsten wieder für das White-Sands-Festival benötigt. Die Anlage halte einen ständigen Auf- und Abbau nicht aus, daher müsse ein neuer Standort am Nordstrand gesucht werden.

RM Nüchter fragt, ob eine städtebauliche Neubewertung des Fünf-Sterne-Hotelprojekts überhaupt möglich ist, weil die Baugenehmigung an das Grundstück gebunden sei. BM Salverius erläutert, dass ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt und ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wurde. Beide Regelungen beziehen

sich auf dieses Projekt und diesen Projektträger. Der Träger sei jetzt nicht mehr da und damit entfalle die Vertragspartnerschaft. Die Bauleitplanung sei nur erforderlich geworden, weil das Bauvolumen zugenommen hatte und über den Rahmen des § 34 BauGB hinaus ging. Im Übrigen gebe es einige interessierte Investoren; die Steingerber-Group habe Bereitschaft zur Veränderung geäußert.

RM Moroni führt aus, dass die Angelegenheit „Fünf-Sterne-Hotel“ noch aufzuarbeiten sei. Es habe hier nach seiner Auffassung ein Missmanagement gegeben. Es sei ein erheblicher Schaden vorhanden. Er fordere die dafür Verantwortlichen zum Rücktritt auf. Weiterhin wünsche er sich, dass auch zukünftig Transparenz bei der Stadtverwaltung für Ratsmitglieder und Bürger herrsche und Informationen weitergegeben werden.

1. stv. BM Rass meint, dass der Informationsfluss wesentlich besser geworden sei. Es dürfe aber nicht passieren, dass durch Weitergabe von vertraulichen Informationen ein Schaden für die Stadt entstehe. BM Salverius unterstreicht, dass es keine Vorabinformationen gebe. Alle Beteiligten gingen mit einem gleichen Kenntnisstand in die Sitzungen.

11. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2007 sowie des fortgeschriebenen Investitionsprogramms 2006 – 2010

BM Salverius bedankt sich bei Frau Karow und Herrn Gottwald für die Erstellung des Haushaltsplanes. Die Haushaltsrede ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Grünen stimmen dem Haushalt zu. Die Haushaltsrede von RM Wehlage ist der Niederschrift in der Anlage beigelegt.

2. stv. BM Plavenieks führt aus, dass die Gruppe FWN/Budde dem Haushalt zustimmen werde. Er bedauert, dass Norderney den Spitzenplatz bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Ranking des Bundes der Steuerzahler (BdSt) einnehme. Für die Öffentlichkeit wäre eine Erläuterung zu diesem Bericht förderlich gewesen.

Die SPD stimmt dem Haushalt zu. Die Rede von BG Visser ist der Niederschrift in der Anlage beigelegt.

Die Gruppe CDU/WIN stimmt dem Haushalt zu. BG Ennen meint, dass die vorhandenen Werte, z. B. die Wohnungen, den Schulden gegenüber gestellt werden müssten. Dann sei Norderney durchaus vermögend. Der Haushalt sei eine Fortsetzung der vorangegangenen Politik. Insofern müssten andere diesen Haushalt eigentlich ablehnen.

RM Nüchter sieht einige Risiken aufgrund der Verträge zum Fünf-Sterne-Hotel, die jetzt nicht erfüllt werden. Daher werde er sich der Stimme enthalten.

BM Salverius nimmt Stellung zu den von den Fraktionen angesprochenen Kritikpunkten. Er stellt fest, dass eine Einzelaufschlüsselung der Schulden auch nochmals für die Öffentlichkeit vorgenommen werden könne, wenn das gewünscht werde. Zum Thema Jugendarbeit führt er aus, dass in den Vereinen gute Jugendarbeit gemacht werde. Das Thema Vereinsförderung bzw. Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit werde demnächst im Fachausschuss beraten.

RM Moroni kritisiert, dass das Gebäude „Café Cornelius“ nicht rechtzeitig einer Bewirtschaftung zugeführt wurde, weil es nach seiner Auffassung eine unzureichende Bewerbung des Objektes gegeben habe. BM Salverius erwidert, dass es sich um eine Angelegenheit des Staatsbades handelt. Die Ausschreibung sollte sich nach einem Beschluss des Aufsichtsrates zunächst an hiesige Bewerber richten. Aus diesem Kreis habe man potentielle Betreiber ausgesucht. In der Kritik haben der Ausbau und die Gestaltung des Gebäudes gestanden. Darüber wurde diskutiert und man habe sich inzwischen auf den Bauentwurf Extra/Meyer geeinigt. Hinsichtlich der Aufteilung und Nutzung des Objektes seien aber die Interessen der Betreiber zu berücksichtigen, die schließlich das wirtschaftliche Risiko tragen.

Zu den Ausführungen der Fraktionen findet eine allgemeine Aussprache statt.

Der Rat der Stadt Norderney fasst mit einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2007 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und Wirtschaftsplan der Technischen Dienste Norderney) einschl. des Investitionsprogramms für die Haushaltsjahre 2006 – 2010 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Finanzplanungsdaten für den Zeitraum bis 2010 werden zur Kenntnis genommen. Dem Stellenplan wird zugestimmt.

12. Beratung und Beschlussfassung über die Fortentwicklung des Projektes Seebrücke

1. stv. BM Rass stellt fest, dass die Grünen einem Seesteg zustimmen könnten. Einer Seebrücke in der jetzt vorgeschlagenen Form könne man aber nicht zustimmen.

BG Ennen bedauert, dass die Initiatoren nicht eingeladen wurden. Die Gruppe CDU/WIN könnte einer Seebrücke grundsätzlich zustimmen. Verschiedene Faktoren passten hier aber leider nicht zusammen. So sei z. B. der Standort Strandstraße vom NLWKN nicht gewollt. Zudem gebe das NLWKN auch eine gewisse Höhe vor. Für die Investoren müsse das Objekt wirtschaftlich sein, aber einer Wohnbebauung könne nicht zugestimmt werden. Man müsse sehen, unter welchen Voraussetzungen eine solche touristische Attraktion entstehen könne.

2. stv. BM Plavenieks berichtet, dass auch im Juister Rat derzeit über die Erstellung einer Seebrücke beraten werde. Nach der jetzigen Planung für eine Norderneyer Seebrücke mit Wohnbebauung und Gastronomie würde ein Monstrum entstehen. Man habe auch bereits genügend Gastronomie. Das Schreiben des damaligen Bürgermeisters Aldegarmann an die Investoren mit dem Inhalt, dass die Stadt einer Seebrücke zustimme, halte er für verfehlt. Es sei nicht überlegt worden, was dort entsteht.

BG Visser merkt an, dass eine Seebrücke nicht von vornherein abgelehnt werden konnte. Die Investoren hätten für ihre weiteren Gespräche mit dem NLWKN und zur Beantragung von Fördermitteln eine Bestätigung der

Stadt benötigt. Für einen Seesteg, der im Herbst abbaubar ist, werde es wohl keinen Investor geben, weil ein solcher Seesteg nicht rentierlich sei. So wie die jetzigen Planungen aussehen, könne man dem jedoch nicht mehr zustimmen.

RM Nüchter meint, dass ein Seesteg für den Tourismus grundsätzlich positiv zu sehen sei.

BM Salverius erklärt, dass die Erstellung eine Seesteges durchaus zu begrüßen wäre. Sowohl die Umweltverbände als auch das Bauamt hätten aber erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben Seebrücke geäußert. Auch für das Landschaftsbild sei das Bauvorhaben kein Gewinn. Eine Ansiedlung von Buden auf einer solchen Seebrücke sehe er nicht als positiv an. Bedenklich seien auch zu erwartende Auswirkungen auf die innerstädtische Gastronomie.

RM Aldegarmann hält eine Seebrücke grundsätzlich für eine gute Sache. Man habe die Investoren damals an die Naturschutzverbände und das NWLKN verwiesen. Es sei den Investoren gesagt worden, dass eine hochwertige Gastronomie dort vorstellbar sei, eine Wohnbebauung dagegen nicht.

RM Nüchter beantragt, die Investoren zu einer nächsten Sitzung einzuladen.

RM Moroni stellt einen weitergehenden Antrag, über den abgestimmt wird.

**Der Rat der Stadt Norderney beschließt mit 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 12 Ja-Stimmen:
Es wird jegliche Seebrücke entsprechend den vorgelegten und ähnlichen Planungen am Standort Westbad abgelehnt, weil offensichtlich an diesem Standort keine Seebrücke erstellt werden kann, die noch zu finanzieren ist.**

13. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben

**Der Rat der Stadt Norderney stimmt folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig zu:
VW 281.5020 (Deckungskreis Nr. 17 –Budget KGS) in Höhe von 13.107,01 €**

Deckung: Minderausgaben bei Deckungskreis 3 – Bezogene Leistungen

VW 282.542 (Sportanlagen Schulzentrum - Bewirtschaftungskosten) in Höhe von 4.102,88 €

Deckung: Minderausgaben bei VW 282.5004 (Grundstücksunterhaltung) u. VW 282.52 (Geräte und Ausstattung)

VW 90.832 (Kreisumlage) in Höhe von 486,00 €

Deckung: VW 90.003 (Gewerbesteuererhöhungen)

14. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

15. Anträge und Anfragen

RM Budde erläutert, dass er sich bei Herrn Stolle in der Emsstraße die Verkehrssituation angesehen habe, über die dieser sich seit Jahren beschwert. Er fragt, ob es Möglichkeiten der Verbesserung gibt. BM Salverius antwortet, dass das Thema seit langem bekannt und diskutiert ist. Es sei einmal ein Sperrpfosten dort angebracht gewesen. Dieser stellte aber nach Hinweis der Polizei und anderer Anlieger eine Gefahrenstelle für Radfahrer dar und wurde daher wieder entfernt.

RV Bakker-Dinkla fragt, wann die Deichscharte wieder geöffnet werden. RM J. Onnen erklärt, dass die Monate mit „R“ abgewartet werden müssen. Ab Mai würden die Deichscharte wieder geöffnet.

16. Einwohnerfragestunde

– Frau Brebeck, Kommanditistin der Conversationshaus- und Fünf-Sterne-Hotelbetriebsgesellschaft Norderney mbH & Co. KG, fragt, warum nicht bis Ende Mai eine neue Vertragsgestaltung möglich gewesen sei. BM Salverius antwortet, dass über die Projektinvestoren nichts bekannt sei. Herr Dr. Jensen habe leider keine Namen genannt. Wenn diese bekannt gewesen wären, wäre möglicherweise eine andere Entscheidung zustande gekommen. Herr Dr. Jensen habe von sich aus gegenüber der Stadt deutlich gemacht, dass er die Verträge auf neue Beine stellen wolle. Frau Brebeck fragt weiter, ob das Grundstück bis nächstes Jahr gebunden sei. BM Salverius erwidert, dass es noch ein Problem mit einer eingetragenen Auflassungsvormerkung gebe, die gelöscht werden müsse. Die Wirtschaftsbetriebe seien vom Vertrag zurückgetreten. Frau Brebeck fragt nach den finanziellen Mitteln des Landes für das Hotelprojekt. BM Salverius erklärt, dass das Land eine allgemeine Förderabsicht für ein Fünf-Sterne-Hotel erklärt habe. Dazu müsse aber ein Finanzierungsplan vorgelegt werden, was Herr Dr. Jensen nicht gemacht habe. Frau Brebeck fragt Herrn Moroni nach der Kosten-(Schadens-)aufstellung, die allen Kommanditisten und Ratsmitgliedern zugegangen sei. RM Moroni meint, dass es sich um Fantazahlen handle. BM Salverius schlägt vor, weitere Auskünfte im Büro zu geben. Frau Brebeck stellt fest, dass sie ihre Investition für Norderney gemacht habe und nicht für eine Gesellschaft. Sie nehme das Angebot des Bürgermeisters gern an.

– Ein Bürger fragt, was die Stadt Norderney zur Löschung der Auflassungsvormerkung unternehme. BM Salverius antwortet, dass man noch in der Überlegungsphase sei.

17. Schließung der öffentlichen Sitzung
RV Bakker-Dinkla schließt die öffentliche Sitzung.

(Salverius)
Bürgermeister

(Müller)
Protokollführerin

(Bakker-Dinkla)
Ratsvorsitzende

Sitzung des Rates am 3. 5. 2007

Bericht des Bürgermeisters

Eine der wesentlichen Entscheidungen der letzten Wochen ist die, dass die Wirtschaftsbetriebe von den Grundstückskaufverträgen Hotelgrundstück zurückgetreten sind. Das war und ist ein schwieriger und wenig erfreulicher Akt. Zum einen, weil Herr Dr. Jensen für die Conversationshaus- und 5-Sterne-Hotelbetriebsgesellschaft mächtig Druck machte und für Verwirrung sorgte, zum anderen auch, weil es mit der Qualität der geschlossenen Verträge nicht zum Besten bestellt war. Offensichtlich hatten Handelnde gemeint, dass sie auch dieses könnten. Wie die Angelegenheit weiter geht, werden wir sehen - leider.

Angekündigt hatte ich, dass die Stadt in den kommenden zwei Wochen eine erste Sichtung dazu wahrnehmen wird, wer sich hier oder andernorts in der letzten Zeit als Investoreninteressent gemeldet hat und mit wem dann im Hinblick auf eine Umsetzung beginnend vielleicht im Herbst 2008 weitere Gespräche geführt werden sollen. Parallel dazu wird es im politischen Raum darum gehen müssen, die Hotelplanung städtebaulich neu zu bewerten. Auch ein neuer Investor wird da mitreden wollen. Ich für meinen Teil werde jedenfalls nicht für die 1 : 1 Umsetzung des aktuellen Entwurfs eintreten.

Ich freue mich, dass die Baumaßnahme Kurplatz gut läuft. In drei Wochen dürfte sie im Wesentlichen abgeschlossen sein. Die Möblierung und die Fertigstellung des Veranstaltungspavillons folgen nach. Die Freude darüber ist deshalb angebracht, weil es nicht leicht war, das Projekt in so kurzer Zeit über die Bühne zu bringen. Ebenso wie beim Kurhaus wurde nämlich in den letzten Jahren nichts im Hinblick auf die Baudurchführung vorbereitet. Mit Beginn der Wahlperiode am 1. 11. mussten die Projekte erst gesichtet werden, um den Bau vorzubereiten.

Dass wir im Februar dann mit beiden Maßnahmen loslegen konnten, ist in großen Teilen Verdienst unseres kürzlich verstorbenen Stadtbaumeisters Karl Extra. Karl Extra, der viel zu früh verstorben ist, hinterlässt nicht nur in der Familie eine große Lücke; auch bei uns. Er war ein Stück weit Weggefährte, ein Mann mit Ecken und Kanten, vor allem Weitsicht und Kreativität. Gerade darin sehr zielstrebig, konkret und häufig zu schnell, als dass politische Entscheidungsprozesse hinterher kamen, was ihm auch Konflikte bescherte. Bei allem war Karl Extra aber Mensch. Als solcher hat er unter der Arbeitswelt der letzten Jahre gelitten, in der es ihm einige nicht leicht machten. Umso tragischer ist es, dass er gerade jetzt davon gehen musste.

Wie die künftige Leitung des Bereiches Bauen und Umwelt für die Stadt und ihre Gesellschaften aussehen wird, kann ich derzeit noch nicht beantworten. Sicher ist jedenfalls, dass die Zusammenführung der technischen Bereiche fortgeführt wird. Herr Fischer, Leiter der TDN, wird die Tiefbauaufgaben des im Laufe des Jahres ausscheidenden Heinz Kühn übernehmen.

Zu spät begonnen – aber doch einigermaßen im Zeitplan - haben die vorbereitenden Arbeiten für die Offshore-Kabeltrasse. Ob die eigentlichen Hauptarbeiten Ende August einsetzen, kann dagegen im Moment nicht klar beantwortet werden. Mit der Beschlussfassung des Bundes zum Infrastruktur- und Planungsbeschleunigungsgesetz sind die Dinge in den Zuständigkeiten und damit zu den vertraglichen Regelungen ins Schlingern geraten. Wie sich dieser Knoten auflöst lässt sich schwerlich sagen. Jedenfalls drängt auch da die Zeit.

Der Faktor Zeit spielt auch an anderer Stelle eine besondere Rolle. Nämlich beim Thema Klimawandel. Es wird darauf ankommen, dass die Zeit für die Herstellung eines qualitativ höherwertigen Insel- und Küstenschutzes und für Maßnahmen zur Reduzierung negativer Einflüsse genutzt wird. Die Ostfriesischen Inseln haben das Thema bei ihrem letzten Treffen mit dem NLWKN behandelt und als zentrales Zukunftsanliegen herausgestellt. Im Ministerium in Hannover, im Gespräch mit dem Herrn Fachminister Sander, werden wir den Inselchutz stets weiter thematisieren. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang auch die gestrige Einladung einer Reihe von CDU-Landtagsabgeordneten, wo es um Sofortmaßnahmen und die Positionierung des Insel- und Küstenschutzes als bundesdeutsche und europäische Daueraufgabe ging. Es gibt ermutigende Zeichen im Hinblick auf eine bessere Finanzausstattung, die auch dem Erhalt lokaler Strukturen zugute kommen könnten. Ebenfalls im Verbund der Euregio werden wir am Thema dran bleiben.

Eine kurze Bemerkung zum Krankenhaus. Kürzlich fand eine Sitzung des Beirates der AHK statt, zu der ich aufgrund der stattgefundenen Vorgespräche eingeladen war. Sowohl die Geschäftsleitung als auch die Beiratsmitglieder gehen davon aus, dass nach verschiedenen – auch schmerzvollen – Anpassungen die Zukunftsfähigkeit der Einrichtung gegeben ist. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls positiv zu vermelden, dass dem Krankenhaus-Förderverein inzwischen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit vorliegt. Damit wird eine Plattform geschaffen, die es der Inselöffentlichkeit ermöglicht, ihr Interesse am Erhalt des Krankenhausangebotes zu bekunden. Das muss unser aller Interesse sein, weshalb die Stadt auch einen ersten größeren Förderbetrag bereitstellen wird. Wir sollten es auch nicht versäumen, die Besonderheit ein Krankenhausangebot auf einer Insel vorzuhalten werblich einzusetzen.

Es ist mir sehr wohl bekannt, dass einige die Öffentlichkeit interessierende Themen bislang nicht angepackt wurden. Es geht aber eben leider nicht anders. Das Tagesgeschäft, die Projekte Hotel, Kurhaus, Kurplatz binden alle Ressourcen. Eine Überarbeitung der Kurbeitragssatzung lässt sich ebenso wenig wie die Behandlung des Komplexes Servicegesellschaft über Nacht verantwortungsvoll erreichen. Es geht alles nur nacheinander. Dafür bitte ich um Verständnis.

Zusätzlich:

Verwaltungsstandort – Information zum Stand der Diskussion

„Kassensturz“ – In den nächsten Wochen werden vorgelegt der Prüfbericht 2005 sowie der Bericht über die überörtliche Prüfung des RPA des Landkreises Aurich. Die Berichte geben einen guten und objektiven Überblick zur Situation.

*Zu TOP 11 der öffentlichen Ratssitzung am Donnerstag, dem 3. Mai 2007
– Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2007 sowie des
fortgeschriebenen Investitionsprogramms 2006 – 2010
Einführung Bürgermeister*

Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

Dank an Frau Karow, Herrn Gottwald

die grundlegenden Botschaften des Haushaltsplanentwurfs 2007 sind schnell dargestellt:

1. Der Haushalt wird ohne Rücklagenentnahme ausgeglichen.
2. Wir planen mit einem Überschuss im Verwaltungshaushalt von 402.500 €. Dieser Überschuss ist auch erforderlich, um die veranschlagten Investitionen finanzieren zu können.
3. Zur Finanzierung des Ankaufs der Parkplätze vom Land Niedersachsen ist eine maximale Neuverschuldung von netto rd. 1,2 Mio. € vorgesehen. Hierbei handelt es sich um rentierliche Schulen, d. h. den Aufwendungen an Zinsen und Tilgung stehen spezielle Einnahmen gegenüber.

Diese positiven Zahlen zeigen, dass sich die ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen als wirksam und erfolgreich zur Beseitigung des Defizits bei der Stadt erwiesen haben. Neben einem restriktiven Sparkurs waren es Vermögensumschichtungen innerhalb der Stadt Norderney und ihrer Gesellschaften in 2005, Aufgabenumverteilungen und der sukzessive Wegfall der für das frühere SGZ aufzuwendenden Verlustabdeckungen in 2006.

Dabei ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass die Fehlbeträge der Vorjahre aus der Substanz abgebaut wurden, d. h. also durch den Verkauf von Liegenschaften (Personalwohnhaus u. a.) oder z. B. die mit den WBN getroffene Vereinbarung über die Ablösung eines dieser Gesellschaft gewährten Darlehens.
Die Inanspruchnahme substantiellen Vermögens relativiert sich aber dadurch, dass die Umschichtungen innerhalb der Stadt und ihrer Gesellschaften erfolgt sind.

Die Haushaltsplanung ist jedes Jahr das Ergebnis von Zielen, Annahmen und Schätzungen und die Summe der politischen Entscheidungen aus der Vergangenheit.
Für den Verwaltungshaushalt kalkulieren wir rd. 14,4 Mio. € Einnahmen und Ausgaben.
Gegenüber 2006 entspricht dies einer leichten Erhöhung von 225 T€ oder 1,6 %.

Wesentliche Grundlagen für die Verwaltung waren:

- Die Vorgaben der Landesregierung zum kommunalen Finanzausgleich. Hier machen sich vor allem die deutlich gestiegenen Schlüsselzuweisungen bemerkbar.
- Die eigenen realistisch-optimistischen Annahmen über das Steueraufkommen. Auch wenn das Gewerbesteueraufkommen im vergangenen Jahr rd. 2,1 Mio. € betrug, sind nach derzeitigem Kenntnisstand in diesem Jahr nicht mehr als 1,36 Mio. € zu realisieren, was aber immerhin noch rd. 200 T€ mehr als 2005 sind.

- Unveränderte Steuersätze.
- Keine Ausweitung der freiwilligen Aufgaben. Diese wurden bereits in den Vorjahren weitestgehend eingeschränkt.
- Ein Mindestmaß an Erhaltungs- und Sanierungsaufwand, was sich auf Sicht gesehen aber kaum durchhalten lässt.

Der Vermögenshaushalt ist mit einem investiven Rahmen von rd. 2,6 Mio. € zwar weiterhin reduziert worden, enthält dennoch eine ganze Palette von notwendigen und zukunftsorientierten Maßnahmen. Die Bereitstellung der Mittel für die Ersatzbeschaffung eines Feuerlöschfahrzeuges, eine Reihe notwendiger Maßnahmen im Bereich der Abwasserbeseitigung wie z. B. die Restfinanzierungen für die Herstellung der Druckrohrleitung von der Lippestraße zum Südstrandpolder und für den Ausbau der Schmutz- und Regenwasserkanalisation und einige kleinere Straßenbaumaßnahmen seien hier noch einmal als die wichtigsten Maßnahmen erwähnt, die wir in diesem Jahr in Angriff nehmen oder weiterführen wollen und für die neben dem Haushaltssoll dieses Jahres noch weitere knapp 1,6 Mio. € als Haushaltsreste aus dem Vorjahr zur Verfügung stehen.

Trotz der guten konjunkturellen Nachrichten der vergangenen Monate sollten wir nicht vergessen, dass noch einige Risiken vorhanden sind. So kann es u. a. zu einer Beteiligung der Stadt an einer Baggerung im Fahrwasser vor der Norddeicher Hafeneinfahrt kommen. Welchen Umfang die Strandaufspülung annehmen wird und ob die Stadt bzw. Staatsbad Norderney GmbH sich auch an diesen Maßnahmen beteiligen bzw. einbringen müssen, ist noch offen. Weitere Themen sind die eventuelle Reduzierung der Konzessionsabgabe der WBN oder die in 2008 zu erwartende Verlustabdeckung bei der Staatsbad GmbH durch die Stadt. Letztere Situation wird noch dadurch verschärft, dass die restliche Abstandszahlung des Landes aus dem Grundstückverkauf Hotel von 2,5 Mio. € mit dem momentanen Scheitern des Projekts erst einmal fehlen.

Das Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegende Zahlenwerk entspricht unseren gegenwärtigen Möglichkeiten und nutzt den Gestaltungsspielraum, den wir haben, optimal aus.

Fach- und Verwaltungsausschuss haben sich eingehend mit dem Zahlenwerk befasst und empfehlen die Annahme sowohl des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts als auch des Investitionsprogramms für 2006 – 2010 und nach der Eigenbetriebsverordnung auch des Wirtschaftsplans des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ für 2007; ich bitte Sie, der Vorlage ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der diesjährige Haushalt schließt mit rund 17 Millionen Euro bei Einnahmen und Ausgaben ab. Er bewegt sich damit im Rahmen der Haushalte der letzten Jahre. Nur, wenn es zum Erwerb der Parkplatzflächen durch die Stadt kommt, wird es eine Neuverschuldung geben. Es ist eine planmäßige Schuldentilgung in Höhe von 211.000 Euro vorgesehen.

Ein Blick in den vorliegenden Haushalt macht deutlich, dass die **Entscheidungen der letzten Jahre** das Gefüge des aktuellen Haushalts mitprägen.

Für die GRÜNEN möchte ich einige dieser Altlasten ansprechen:

Auf der Sollseite und damit negativ verbuchen wir, dass die Stadt ihre **Parkraumbewirtschaftung** nicht in den Griff bekommen hat. Für die Stadt hat das Staatsbad gemeinsam mit der Reederei Frisia eine Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft gegründet. Die wirtschaftlichen Interessen der Frisia liegen, natürlicher Weise, entgegengesetzt zu den verkehrspolitischen Bedürfnissen der Stadt.

Die Stadt oder eine Ihrer Gesellschaften hätte die Parkraumbewirtschaftung selber in die Hand nehmen müssen. Unser Vorschlag wurde allerdings von SPD/CDU und WIN wegen der angeblich zu hohen Personalkosten abgelehnt. Heute sind es die Mitarbeiter der städtischen Servicegesellschaft, die dort auf den Parkplätzen arbeiten. Die Stadt zahlt 21.000 Euro als Defizit ausgleich an die Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft. Gäbe es, wie von uns seit langem gefordert, die Bewirtschaftung des Parkplatzes C, würde anstatt des Verlustes ein Gewinn entstehen.

An dieser Stelle sei noch auf eines der Phänomene der zurückliegenden Ratsperiode hingewiesen. Dem Bedürfnis folgend, möglichst alles im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen zu besprechen, wurde die Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft zum Projektträger für das neue **Hafenempfangsgebäude** gemacht. Die anteiligen Planungskosten zahlte natürlich die Stadt. Ein Mitspracherecht war dem Rat aber nicht eingeräumt.

Grundsätzlich begrüßen wir die Gründung der TDN. Durch die Verpflichtung der Stadt zur Finanzierung der TDN entstehen aber Schwierigkeiten. So gibt es bei einzelnen Kostenstellen noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Im letzten Jahr haben wir dabei die Kosten für die Abwicklung der Fundfahrräder genannt. Diese Kritik bleibt im Wesentlichen bestehen. In diesem Jahr wurde eine neue Kostenstelle für die Leerung der städtischen **Papierkörbe** eingerichtet. Die TDN bekommt hier allein für die Personalkosten 47.000 Euro erstattet. Diese 47.000 Euro sind mehr als die Arbeitgeberkosten für eine Vollzeitstelle in diesem Bereich. Da noch nicht einmal alle der vorhandenen Papierkörbe im städtischen Verantwortungsbereich sind, sondern ein wesentlicher Teil der Papierkörbe im Verantwortungsbereich des Staatsbades liegt, ist diese Kostenstelle erheblich zu hoch. Wenn die TDN demnächst bei solchen Tätigkeiten in einen Bieterwettbewerb eintreten muss, wird sie mit solchen Preisen nicht konkurrenzfähig sein. Derartige **Leistungen** müssen wir sobald es geht **ausschreiben**.

Eine weitere Altlast, die wir bewältigen müssen, ist die **Kurtaxregelung**. Hierzu haben wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Nach der derzeitigen Kurtaxregelung muss, mit Ausnahme enger Verwandter, privater Besuch Kurtaxe zahlen. Für die Verwandten ist die Freischaltung mit einer Gebühr belegt und zum Teil recht aufwendig. Hier haben die NorderneyerInnen einen erheblichen Änderungsbedarf. Der Finanzausschuss hat

sich jetzt unserem Antrag angeschlossen, so dass die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten wird, wie privater Besuch in Zukunft ohne großen Aufwand freigeschaltet werden kann. Die Vorlage hierzu wird es im September geben. Wir können also davon ausgehen, dass es ab 2008 wieder eine zufriedenstellende Besuchsregelung geben wird, die an die alte Regelung zur Freischaltung anschließt.

Ein weiterer Schritt zur Aufarbeitung der Altlasten ist die Entscheidung, die **Zusammenarbeit mit dem Hotelinvestoren** zu beenden. Im Dezember mochte die Ratsmehrheit noch nicht, so wie die Grünen, für eine Beendigung des Projektes stimmen. Um noch größeren Schaden von der Stadt abzuwenden, sind inzwischen aber auch die meisten anderen Ratsmitglieder davon überzeugt, die Zusammenarbeit mit dem derzeitigen Investoren beenden zu müssen.

Das gesamte Hotelprojekt hat der Stadt und Ihren Gesellschaften bereits viel Geld gekostet. Wir gehen davon aus, dass die offenen städtischen Forderungen zusammengenommen weit mehr als **1 Millionen Euro** betragen. Hier stellt sich natürlich die Frage nach den dafür **Verantwortlichen**. Es hilft uns allerdings kein Stück weiter, es so wie die Freien Wähler zu machen, und nur polemisch danach zu fragen, wer die Verantwortliche sind, ohne darauf **Antworten** zu geben.

Die Wählerinnen und Wähler haben bereits bei der Kommunalwahl im September deutlich gezeigt, wen sie für dieses Desaster verantwortlich machen. Manche Ratsmitglieder, die ehrlich daran geglaubt haben, dass es zu dem Hotelprojekt kommen wird, vor allem daran geglaubt haben, weil es ihnen von ihren Fraktionsvorsitzenden so vermittelt worden ist, gehören dem Rat heute nicht mehr an. Die **Herren Aldegarmann, Ennen und Visser**, als Hauptverantwortliche für diese Misere, sitzen aber weiterhin im Stadtrat. Über den Rückhalt, den sie einst in der Bevölkerung genossen haben, verfügen sie freilich längst nicht mehr. Eine angemessene Reaktion der drei auf ihr Wahlergebnis und ihre

falsche Handhabung des Hotelprojekts ist allerdings bis heute ausgeblieben. Das Hotelprojekt hat uns keinen Nutzen gebracht. Neben dem Imageschaden für Norderney gibt es die erheblichen finanziellen Belastungen. Beides geht auf ihr Konto meine Herren, es ist Zeit für den **Rücktritt**.

Der Fehler lag nicht darin auf Norderney ein fünf Sterne Hotelprojekt initiieren zu wollen, sondern in der Dauer des Festhaltens an den falschen Investoren. Während die Mehrheit der ehemaligen Ratsmitglieder damals glaubte, man befände sich bei dem Hotelprojekt kurz vor dem Ziel, war man in Wirklichkeit noch gar nicht gestartet.

Bei dem Hotelprojekt gibt es u.E. einen ganz besonderen Skandal, der bislang in der Öffentlichkeit nicht ausreichend gewürdigt worden ist. Die Kommunalwahl war am 10. September letzten Jahres. Das Wahlergebnis hat zu einem ganz neu zusammengesetzten Rat geführt. Dies hinderte jedoch die abgewählten Politiker nicht daran, noch am **26. September** neue Verträge mit der Hotelgesellschaft zu schließen. Die neu gewählten Ratsmitglieder wurden darüber nicht einmal informiert.

Für das Jahr 2007 plante die alte Ratsmehrheit die Einführung einer **Fremdenverkehrsabgabe**. Wir brauchten sie bis jetzt noch nicht einzuführen. Ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Norderneyer Betriebe. Ob dies auf Dauer zu halten sein wird, muss sich zeigen. Auf dem immer schnelllebigeren Tourismusmarkt sind wir auf Werbung angewiesen. Diese muss finanziert werden. Die moderate Anhebung der Gewerbesteuer mag eine Alternative darstellen, zur im Erhebungsverfahren sehr aufwendigen und meist mit vielen Klagen verbundenen Fremdenverkehrsabgabe. Da sich die Gewerbesteuer auf den Gewinn der einzelnen Betriebe bezieht, mag dies auch gerechter sein, als den einzelnen Betrieben bestimmte Vorteils- bzw. Gewinnsätze durch die Fremdenverkehrswerbung zu unterstellen.

Auf die Stadt werden in Zukunft möglicherweise erhebliche neue finanzielle Belastungen zukommen. Genannt seien hier die Kosten für die Strandaufspülung und die Ausbaggerung der Fahrrinne. Kosten, die die Stadt eigentlich nicht tragen kann und Aufgabe von Land und Bund sind. Aber in Berlin und Hanover verlagern SPD, CDU und FDP gern ihre Kosten von Bund und Land auf die Kommunen. Das gleiche gilt für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder.

Die Stadt Norderney muss sich weiter für die Zukunft rüsten. Im Haushalt ist unter bestimmten Bedingungen ein Zuschuss für den Förderverein Krankenhaus vorgesehen und auch im Bereich der Schulen und des Jugendzentrums stellt die Stadt erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.

Die Aufwertung der städtischen Wohnungen durch die WGN bspw. am Kap muss eine Fortsetzung an der Richthoffenstrasse und auch an der Maybachstraße finden. Weiter ist durch die Stadtwerke, in den Bereich der regenerativen Energien zu investieren. Die Insulaner können sich in Zukunft daran sogar selbst beteiligen. Denken sie daran, auf unserer Insel gehören wir zu den ersten in Deutschland, die die Änderung des Klimawandels zu spüren bekommen werden.

Erste positive Ansätze sind vorhanden und müssen fortgeführt werden. Auch wenn es noch nicht unser Wunschhaushalt ist werden wir in diesem Jahr dem Haushalt unsere Zustimmung geben.

Haushalt 2007-05-03

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Eine Haushaltsverabschiedung ist immer eine wichtige Angelegenheit. In diesem Jahr ist es eine besonders wichtige Angelegenheit, ist es doch der erste Haushalt nach der Kommunalwahl 2006 und der erste, der mit einem schonungslosen Kassensturz einher geht! Zumindest wurde das von einigen Gruppierungen angekündigt – allein bis heute, rund 8 Monate nach der Wahl – war davon noch nicht allzu viel zu hören.

Um den Haushalt 2007 richtig bewerten zu können, müssen wir allerdings zunächst ein wenig in die Vergangenheit schauen.

Anfang 2004 hatten wir es mit folgender Ausgangslage zu tun:

- + Bürgermeister war Klaus Rüdiger Aldegarmann, sein Allgemeiner Verwaltungsvertreter Ludwig Salverius.
- + Der Haushalt hatte keine nennenswerten Rücklagen
- + wir hatten ein strukturelles Defizit von 400.000 €, also die Pflichtausgaben, die über den Einnahmen lagen
- + das Defizit bei der Stadt hatte sich auf 4 Millionen € angesammelt, ein mittelfristiger Anstieg auf 6 Millionen € war zu befürchten.

In dieser Situation haben wir in jenem Frühjahr 2004 ein Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen, das im wesentlichen bis heute umgesetzt wurde. Einige Stichpunkte will ich dazu benennen:

Leichte Erhöhung Grundsteuer B und Gewerbesteuer, Reduzierung Personalausgaben, Parkraumbewirtschaftung und TDN, interner Verkauf Altenwohnungen, Darlehensrückzahlung WBN.

Mit diesen Maßnahmen wurde nicht nur das strukturelle Defizit auf Null gefahren, auch die angehäuften Schulden aus den Vorjahren konnten ausgeglichen werden. Und auch noch zusätzlich entstandene Kosten von 400.000 € für das Sozial- und Gesundheitszentrum aus dem Jahr 2002 (diese waren in dieser Höhe so nicht bekannt gewesen) konnten ausgeglichen werden.

Wenn hier von einigen der Einwand gemacht wurde, dies sei auf Einmaligkeiten zurückzuführen, dem sei entgegengehalten: Dann dürfte doch eigentlich der diesjährige Haushalt 2007 nicht ausgeglichen sein!

Und an dieser Stelle vielleicht auch etwas zur so genannten „Pro-Kopf-Verschuldung“ der Stadt Norderney. Allerdings hätte ich mir gewünscht, das dazu von verantwortlicher Stelle deutlich etwas nach außen gegeben worden wäre.

Die kommunale „Pro-Kopf-Verschuldung“ wurde in den letzten 25 Jahren kontinuierlich zurückgefahren. Als ich 1981 in den Rat gewählt wurde, hatten wir annähernd eine Gesamtverschuldung von 14 Millionen DM. Ende 2006 waren es nur noch knapp 3.000.000 €. Das entspricht einer Quote von 496,90 € pro Inselbewohner. Die vom Bund der Steuerzahler genannten knapp 10.000 € beziehen sich insgesamt auf alle städt. Gesellschaften. Hierzu muss man anmerken, das der Großteil von diesen Krediten der Wirtschaftsbetriebe bzw. der Wohnungsgesellschaft durch den Ankauf der Wohnungen der „Neuen Heimat“ oder denen

des Bundesvermögensamtes stammten. Diese Investitionen gehen zum Teil in die 80er Jahre zurück und waren und sind rentierliche Schulden, d.h. die Mieten decken nicht nur die Kreditkosten, es wurden auch noch etliche Millionen für notwendige Sanierungen erwirtschaftet. Aus sozialen Gründen gab es auch keine andere Alternative, als diese über 400 Wohnungen zu kaufen. Wenn man nun diese Zahlen zum Haushalt dazu addiert und sie mir „normalen“ Haushaltsplänen der Kommunen in Niedersachsen vergleicht, kommt eben ein solches Missverhältnis als Ergebnis dabei raus.

Wer hat eigentlich – und mit welcher Absicht – dem Bund der Steuerzahler die Unterlagen zur Verfügung gestellt?

Es bleibt also festzustellen, das auch hier die Vermutungen nach einer desolaten Haushaltslage nicht zutreffen!

Und dazu passt auch die Information (die ich bisher auch leider nirgendwo lesen konnte) dass der Haushalt des Vorjahres mit einem Überschuss von fast 900.000 € abschließt.

Beste Voraussetzungen also für den heute zu verabschiedenden Haushalt 2007. Wesentlich besser als, wie eben schon aufgeführt, noch Anfang 2004.

Und somit war es nicht nur unserem bisherigen Kämmerer Ernst-Heinrich Müller „seinen“ letzten Haushalt 2006 ausgeglichen vorgelegt zu haben, sondern auch seine Nachfolgerin Thalea Karow kann „ihren“ ersten Haushalt ausgeglichen präsentieren. Dem Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter verbinden wir mit dem Wunsch, im nächsten Jahr früher die Politik am Entscheidungsprozeß zu beteiligen, so dass wir ggf. sogar einmal den Haushalt zeitnah im Frühjahr verabschieden können.

Für die SPD-Fraktion wäre es im Haushalt 2007 wünschenswert gewesen, wie bereits zu den Wahlen 2006 erklärt, Mittel für die infrastrukturelle Verbesserung in der Nordhelmsiedlung zur Verfügung zu stellen. Der Strassenzustand im Bereich der Einfahrten Wald- und Birkenweg, das Dauerthema Regenentwässerung oder Verschönerungen im Bereich der Nordhelmstrasse sind nur einige Beispiele. Zumindest im Investitionsplan ab 2008 ist dies auf unseren Vorschlag hin vorgesehen.

Und auch eine weitere Forderung aus dem Wahlprogramm der SPD hätten wir gerne schon in diesem Jahr verwirklicht gesehen. Ein attraktives Freizeitangebot für Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren, da diese in den meisten Fällen von unserem Jugendzentrum nicht mehr erreicht werden. Hier ist dringender Handlungsbedarf, der im Fachausschuss schnellstmöglich beraten werden sollte. Und eben für dann möglicherweise beschlossene Maßnahmen hätten wir im Haushalt 2007 einen Betrag einstellen wollen.

Bedenkt man, das im Bereich der Gewerbesteuer der Einnahmebetrag gegenüber 2006 um 700.000 € reduziert wurde, wäre hier sicherlich eine mögliche Gegenfinanzierung möglich gewesen.

So hat die SPD-Fraktion, wie auch in der Vergangenheit üblich, es seinen Mitgliedern freigestellt, dem Haushalt der Stadt Norderney für das Jahr 2007 zuzustimmen.